

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	11
---------	----

Uwe Volkmann

Die zwei Begriffe der Demokratie – Von der Übertragbarkeit staatsbezogener Demokratievorstellungen in überstaatliche Räume	14
A. Der formale Begriff der Demokratie	15
I. Merkmale	17
1. Institutionelle Anforderungen	17
2. Normative Anforderungen	18
II. Konnex mit dem Staat	20
III. Schwierigkeiten bei der Übertragung in überstaatliche Räume	21
B. Ein substantieller Begriff von Demokratie	23
I. Merkmale	24
1. Normative Anforderungen	25
2. Institutionelle Anforderungen	26
II. Konnex mit dem Staat	27
III. Schwierigkeiten bei der Übertragung in überstaatliche Räume	28
C. Zur Maßstäblichkeit der Begriffe	30

Peter M. Huber

Der Beitrag des Europäischen Parlaments zur demokratischen Legitimation der EU	33
A. Geringe Akzeptanz der Europawahlen	33
B. Gewährleistungsgehalt der Demokratiegebote	35
I. Notwendigkeit einer Konturierung	35
II. Der unionale Grundsatz der Demokratie	36
1. Kein übergreifendes Verfassungsprinzip	36
2. Überprüfungsbedürftigkeit des Status quo	37
III. Divergenz von nationaler und unionaler Ebene	38
C. Demokratie im Mehr-Ebenen-System	38
I. Unterschiede zwischen Bundesstaat und Staatenverbund	38
II. Der Rat, nicht das Europäische Parlament als Gravitationszentrum der EU	40
D. Die EU als wechselseitige Auffang- und Kooperationsordnung	40
I. Die Verfassungen der Mitgliedstaaten als Grundlage der EU	40
II. Ebenenübergreifende Kooperation als Strukturmerkmal der EU	41

E.	Demokratische Legitimation im Verfassungsverbund	42
I.	Zusammenspiel von Europäischem Parlament und nationalen Parlamenten	43
II.	Begrenzte Legitimationskraft des Europäischen Parlaments	44
III.	Exkurs	45
F.	Folgerungen	45

Winfried Kluth

	Möglichkeiten der Einbindung nationaler Parlamente in die Europäische Gesetzgebung	47
A.	Die Fragestellung	47
B.	Die Mitwirkung der nationalen Parlamente an der Europäischen Rechtsetzung de lege lata	48
I.	Bislang keine normtextliche Erwähnung der nationalen Parlamente im Primärrecht	48
1.	Regelungen in den Verträgen	48
2.	Erklärungen und Protokolle zu den Verträgen	49
3.	Zwischenbilanz	51
II.	Die Regelungen der mitgliedstaatlichen Verfassungen zur Mitwirkung der nationalen Parlamente an Angelegenheiten der Europäischen Union	51
1.	Art. 23 GG	51
2.	Übersicht zu ausgewählten Verfassungen anderer Mitgliedstaaten	55
C.	Art. 12 EU (Lissabon) und das Protokoll über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union	56
I.	Der EU-Verfassungsvertragsentwurf als Zwischenschritt	56
II.	Übergang zum Vertrag von Lissabon	57
D.	Die verfassungs- und europarechtliche Einordnung der Mitwirkung der nationalen Parlamente bei den Angelegenheiten der Europäischen Union	60
I.	Das Verständnis demokratischer Legitimation und die Rolle der Parlamente	60
II.	Konsequenzen für die Beurteilung der Mitwirkung nationaler Parlamente am Europäischen Rechtsetzungsprozess	61
E.	Das Modell einer zweiten Kammer	62
F.	Ausblick	63
	Anhang 1: Erklärungen zum Gründungsvertrag der Europäischen Union (1992)	65
	Anhang 2: Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union	66
	Anhang 3: Protokoll über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union	68

Das Ende der nationalen Verfassungsgerichtsbarkeit?	71
A. Stellung des tschechischen Verfassungsgerichtes und des Europäischen Gerichtshofes hinsichtlich ihrer Legitimationsgrundlage und einige ihre wechselseitige Beziehung beeinflussende Faktoren	71
B. Sekundäres Europarecht und die Verfassungsgerichtsbarkeit	74
I. Fragen des Vorrangs des sekundären Europarechts vor der Verfassungsordnung	74
II. Immunität des umgesetzten Europarechts gegen eine verfassungsgerichtliche Überprüfung?	78
III. Gelten Verfassungsgerichte als Gerichte im Sinne des Art. 234 des EG-Vertrags?	83
C. Verfassungsgerichtliche Prüfung des primären Europarechts	83
D. Fazit	86

Zur Gewaltenteilung in der Union: Checks and Balances, institutionelles Gleichgewicht oder Konfusion?	89
A. Grundzüge der »reinen« Gewaltenteilung	89
B. »Gewaltenteilung« in der Union nach Lissabon	90
I. Gesetzgebung	90
II. Vollziehung	92
1. Politische (Gesamt-)Leitung	92
2. Verwaltung	95
III. Rechtsprechungsfunktion	96
IV. Zusammenfassung	96
C. Charakterisierung des institutionellen Gefüges nach Lissabon	96
I. System von »Checks and Balances«?	96
II. Institutionelles Gleichgewicht?	99
1. Konzept des »institutionellen Gleichgewichts«	99
2. Verschiebungen im institutionellen Gleichgewicht durch Lissabon	102
D. Schlussbetrachtung	106

Direkte Demokratie in der europäischen Rechtsetzung?	108
A. Vorbemerkung	108

B.	Europäische Union nach demokratischen Grundsätzen – europäische Demokratie?	108
I.	Demokratie, Volk und Staat	108
II.	Demokratische Grundsätze	109
1.	Demokratische Legitimation und Repräsentation	109
2.	Demokratische Grundsätze und direkte Demokratie – der methodische Ansatz	111
C.	Demokratische Grundsätze der Union – Demokratiedefizite?	111
I.	Demokratische Legitimation der europäischen Rechtsetzung – das Konzept der doppelten Legitimation	111
1.	Von den nationalen Parlamenten zum Rat	112
2.	Repräsentation der Bürger im europäischen Parlament	112
3.	Legitimationsdefizite und Ergänzungsfunktion direkter Demokratie	113
II.	Demokratische Legitimation auf Zeit	114
III.	Parteienstaatliche Demokratie - Opposition	114
D.	Direkte Demokratie als Stärkung demokratischer Grundsätze in der Union	116
I.	Hinnehmbarkeit demokratischer Defizite?	116
1.	Defizite	116
2.	Rechtfertigungsversuche	116
II.	Direkte Demokratie als Ausgleich für Legitimationsdefizite	117
1.	Demokratische Selbstbestimmung und Wahlen zum europäischen Parlament	117
2.	Direkte Demokratie als zusätzliche Legitimationskette	117
III.	Direkte Demokratie als demokratische Begrenzung von Herrschaft	118
IV.	Direkte Demokratie und demokratische Öffentlichkeit	118
E.	Vereinbarkeit mit nationalem Verfassungsrecht	119
F.	Optionen	120
I.	Bürgerbegehren und -Entscheid, Referendum, Plebiszit	120
II.	Quoren und Mehrheiten	121
III.	Obligatorisches Vertragsreferendum	121

Thomas Schmitz

	Die Stärkung der Legitimation grundlegender Reformen der Union durch die Konventsmethode	123
A.	Einführung	123
B.	Grundlagen	124
I.	Die Europäische Union als staatsähnliche Supranationale Union	124
II.	Arten der Reform der Europäischen Union	124
1.	Einfache Reform, grundlegende Reform, Verfassunggebung	125
2.	Reform im Verfahren der Regierungskonferenz, im Konventsverfahren und im vereinfachten Verfahren	125

III. Besonderheiten bei der Verfassungsgebung in der Europäischen Union	125
1. Die noch ausstehende Verfassung der Europäischen Union	125
2. Die Unmöglichkeit der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes in einer Supranationalen Union	126
3. Das Erfordernis der stärkstmöglichen demokratischen Legitimierung der Verfassung einer demokratischen Supranationalen Union	126
4. Wer ist das »Volk« bei der Verfassungsgebung in einer Supranationalen Union?	127
IV. Probleme der repräsentativen Demokratie in der Europäischen Union	127
1. Europa auf dem Weg zur Regierungendiktatur?	127
2. Die Relevanz der Stärke der demokratischen Legitimation	128
3. Der Grad der Vermittlung und die Sachnähe der Legitimierenden als Kriterien für die Stärke der demokratischen Legitimation	128
V. Das europäische Volk und seine Rolle in einer demokratischen Europäischen Union	128
1. Die Existenz eines Volkes auf der Ebene der Union	128
2. Europäisches Unionsvolk, Staatsvölker der Mitgliedstaaten und Regionalvölker der Gliedstaaten und Regionen	129
3. Legitimierung der Reformen durch das europäische Volk und die Völker der Mitgliedstaaten	130
C. Sinn und Notwendigkeit des Konventsverfahrens bei grundlegenden Reformen der Union	130
I. Vor- und Nachteile des Konventsverfahrens	130
1. Mehr Transparenz	130
2. Mehr Rationalität	131
3. Mehr Offenheit und Bürgernähe	131
4. Möglichkeit der Volksvertretung auf mehreren Ebenen und der Verbindung von unmittelbarer Repräsentation und Expertenwissen	132
5. Mehr Aufwand	132
6. Längere Dauer	132
7. Geringere Steuerbarkeit durch die Eliten und größeres »politisches Risiko«	133
II. Der demokratische Mehrwert des Konventverfahrens	133
III. Das Konventsverfahren als demokratisches Erfordernis bei der Ausarbeitung einer demokratischen Unionsverfassung	134
IV. Das Konventsverfahren als demokratisches Desiderat bei der Vorbereitung sonstiger grundlegender Reformen der Union	134
D. Demokratische Anforderungen an die Ausgestaltung des Konventsverfahrens	134
I. Zusammensetzung des europäischen Konventes	135
II. Arbeitsweise des europäischen Konventes	136

III. Begleitung der Konventsarbeit durch unionsweite öffentliche Reformdiskussion	136
IV. Insbesondere: Überwindung der Sprachbarriere in der Reformdiskussion	136
V. Maßgeblichkeit des Reformvorschlages des europäischen Konventes	137
E. Die Notwendigkeit der Ergänzung des Konventsverfahrens durch ein unionsweites Referendum	137
I. Das unionsweite Referendum als zwingendes Erfordernis demokratischer Verfassungsgebung in einer demokratischen Supranationalen Union	138
II. Das unionsweite Referendum als demokratisches Desiderat bei sonstigen grundlegenden Reformen der Union	138
III. Ausgestaltung als europäisches und nationales Doppelreferendum	138
F. Die Erforderlichkeit der Regelung des Reformverfahrens in einem Vorvertrag	139
G. Ausblick	140
Literaturauswahl	140

Gerald Häfner

Ein möglicher Weg zu Mehr Demokratie in der Union	142
Protokoll der Podiumsdiskussion vom 18.6.2009	152
Referentinnen und Referenten	175